



Resolution

Eingebracht durch die Republik Mexiko und die Volksrepublik China

*"Strukturen des Internationalen Währungsfonds (IWF) zur Förderung der
Entwicklungs- und Schwellenländer"*

Die Generalversammlung,

verwundert über die fehlende Legitimität der Stimmverteilung in den Gremien des IWF in Bezug auf die wirtschaftliche Bedeutung der einzelnen Mitgliedsstaaten,

ferner bestürzt, dass Entwicklungs- und Schwellenländer durch eine niedrige Einlagenquote stimmenmäßig unterrepräsentiert sind und ihnen somit eine unterdurchschnittliche Entscheidungs- und Einflussgewalt zukommt,

feststellend, dass gemäß einer informellen Vereinbarung zwischen den USA und einigen westeuropäischen Ländern der Direktor des IWF immer ein Europäer ist, während die einflussreiche Position des ersten stellvertretenden Direktors (First Deputy Managing Director) von einem US-Amerikaner besetzt wird,

bestürzt über die Struktur des Internationalen Währungsfonds (IWF), in dem Beschlüsse mit einer willkürlich anmutenden Zahl von 85% der Stimmen beschlossen werden, was dazu führt, dass die Vereinigten Staaten von Amerika alleine und die 17 Euro-Länder gemeinsam de facto eine Sperrminorität besitzen,

die Entscheidung des IWF zur Bekämpfung der Armut in der Welt begrüßend, deren Umsetzung jedoch noch mehr in den Vordergrund der Aufgabenfelder rücken muss,

bedauernd zur Kenntnis nehmend, dass der IWF bevorzugt aus ökonomischen Interessen agiert, damit nur Ziele mit Erfolgsgarantie angestrebt und somit extrem auf die Gewinnerzielungsabsicht fokussiert ist,

die bereits 2010 im südkoreanischen Gyeongju von den G20-Finanzministern beschlossene Strukturreform des IWF begrüßend, welche vorsieht, dass Schwellenländer anhand von höheren Einlagen (einer Quotenverschiebung um sechs Prozent) stärkeren Einfluss bekommen sollen,

1. ersucht die Direktoren und Vorsitzenden des IWF sowie die G-5 (USA, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Japan), den Entwicklungs- und Schwellenländern mehr Einfluss zu gewähren und ihre Rechte und

Stimmverhältnisse zu bestärken;

2. fordert den IWF dazu auf, regelmäßig Auskunft über seine Entscheidungen zu geben, damit seine unabhängigen Entschlüsse im Sinne der Transparenz der Öffentlichkeit einsehbar gemacht werden;
3. bestätigt den bereits gefassten Entschluss, die Stimmenverteilung im IWF zu reformieren und somit diese der wirtschaftliche Entwicklung und dem starken Wirtschaftswachstum anzupassen;
4. schlägt vor, dem realen BIP eine höhere Gewichtung bei der Bildung der Quoten zuzumessen, da nur so die wirtschaftliche Stärke eines Landes repräsentativ abgebildet werden kann und man im Falle der Verschiebung des wirtschaftlichen Gewichts einer Volkswirtschaft einfach und zeitnah reagieren kann, dabei aber einen jeden Staat ein gewisser Grundbetrag an Stimmrecht gewährleistet wird;
5. empfiehlt, dass die Veränderung des BIPs auf der jährlichen Hauptversammlung festgestellt und der Mitgliedsstatus dementsprechend angepasst wird;
6. fordert, dass die Beschlussfähigkeit des IWF von 85% auf 80% herunter gesetzt wird, damit kein Land die Sperrminorität besitzt;
7. fordert vom IWF, die Anwendung der sogenannten SAP sowie die Kreditwürdigkeit einzelner Länder zu überdenken;
8. fordert dringendst, dass sich der IWF als weltweite Institution demokratisiert, indem seine Vertreter, Direktoren und Entscheidungen demokratisch gewählt und verabschiedet werden;
9. fordert die Einführung von nationalen Plattformen im Rahmen des IWF, um Strategien zu entwickeln, die die Finanzstabilität der Mitgliedsstaaten sowie den Verbraucherschutz gewährleisten;
10. beschließt, die Umsetzung der vorgeschlagenen Strukturreformen für den Internationalen Währungsfond weiterhin zu beobachten und bei Bedarf anzupassen.